



Venezuela bietet Asyl an

Venezuela (Foto: Staatschef Nicolás Maduro), Nicaragua und Bolivien haben signalisiert, dem US-Geheimdienstexperten Snowden Asyl zu gewähren. **DRITTE SEITE**



Teure Versprechen

Steuererhöhungen hier, bessere Renten dort. „Teure Wahlkampfversprechen“, urteilt Michael Hüther (Foto) vom Institut der Deutschen Wirtschaft. **VIERTE SEITE**



Details für Bankenunion

Europa baut an einer Bankenunion. Eine gemeinsame Aufsicht ist beschlossen, nun legt die EU Regeln für die Sanierung und Schließung von Banken vor. **WIRTSCHAFT**

Kommentar

Transparenz hilft Polizei



Petra Wettlaufer-Pohl über den Einsatz in Bremen

Wer sich die Aufzeichnung des Polizeieinsatzes in Bremen im Netz angeschaut hat, kann nur zu dem Urteil kommen, dass dort Beamte brutal überzogen haben. Auch wenn man noch nichts Genaueres über die Vorgeschichte weiß, so wird doch deutlich, dass dort auf einen zuletzt Wehrlosen eingepöbelte und eingetreten wurde. Man glaubt kaum, dass es sich um Beamte in Deutschland handelt. So etwas darf nicht passieren. Es wäre indes fahrlässig und den meisten Polizeibeamten gegenüber höchst ungerecht, diese Erfahrung zu verallgemeinern.

Aber: Es gibt eben auch unter Polizeibeamten schwarze Schafe, das zeigen mehrere Fälle aus der jüngsten Vergangenheit. Umso wichtiger ist es, dass die Polizei und die Innenministerien hier für Transparenz sorgen – auch im Sinne aller unbescholtenen Beamten. Der Bremer Polizeipräsident scheint das erkannt zu haben.

Zahlen zu Straftaten von Polizisten sind schwer zu bekommen. Es dauere, die zu ermitteln, hieß es gestern etwa in Wiesbaden. Dabei könnte es ja nichts schaden, wenn ein Innenminister wüsste, was bei der eigenen Polizei los ist. Und wenn die Öffentlichkeit diese Zahlen genauso erführe wie jene, mit denen sich Politiker bei der Vorlage der Kriminalstatistik so gerne schmücken.

wet@hna.de

HINTERGRUND

Einsatz muss angemessen sein

Polizisten müssen bei Einsätzen darauf achten, angemessen vorzugehen – sonst können sie sich unter Umständen der Körperverletzung im Amt schuldig machen. Nach Paragraph 340 des Strafgesetzbuches steht darauf eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen auch nur eine Geldstrafe.

Die Polizei darf Schlagstöcke oder Waffen nur angemessen einsetzen. Unmittelbarer Zwang durch körperliche Gewalt, Pfefferspray, Schlagstöcke oder Waffen darf nur angewandt werden, wenn andere Maßnahmen keinen Erfolg versprechen. In Bremen ist das geregelt im Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Paragraph 41. In der Ausbildung werden Polizisten auf Gewaltsituationen vorbereitet. (dpa)

Polizisten prügeln Disko-Gast

„Überharter Einsatz“: 28-Jähriger schwer verletzt – Hiebe mit Schlagstock und Tritte

VON THOMAS KUZAJ UND TATJANA COERSCHULTE

BREMEN. Polizisten sollen in einer Diskothek in Bremen brutal gegen einen Besucher vorgegangen sein. Der Vorfall wurde von einer Videokamera in der Disko „Gleis 9“ aufgezeichnet. Bei dem Einsatz am frühen Morgen des 23. Juni erlitt der 28-jährige Besucher nach eigener Darstellung ethische Prellungen, so beispielsweise am Kopf, im Gesicht und auf dem Rücken. Der Polizeipräsident kündigte eine lückenlose Aufklärung an.

Von einem „überharten“ Polizeieinsatz sprach ein Polizeisprecher gestern. Nachdem sie durch Journalisten von der Existenz des Videos erfahren habe, erstattete die Polizei „von selbst eine Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt“, hieß es weiter. „Das Video lag der Polizei bislang nicht vor“, so der Sprecher.

Bremens Polizeipräsident Lutz Müller erklärte: „Wir sind leider häufig gezwungen, rechtsstaatlich legitimierte Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Dieses sich aus dem Gewaltmonopol des Staates ergebende Recht verpflichtet uns aber in besonderem Maße, verhältnismäßig und angemessen einzuschreiten.“ Unter Federführung der Staatsanwaltschaft habe nun die Abteilung „Interne Ermittlung“ beim Innenressort ihre Arbeit aufgenommen.

Auf dem Video ist zu sehen, wie sieben Polizisten gegen den 28-Jährigen vorgehen. Ein Polizist schlägt mehrfach mit einem Schlagstock zu. Der Beamte soll den Mann auch getreten haben. Der 28-Jährige



Tatort: In der Diskothek „Gleis 9“ (oben) nahe des Bremer Güterbahnhofs kam es zu dem mutmaßlichen Polizeigriff. Polizeipräsident Lutz Müller (links) kündigte gestern eine lückenlose Aufklärung an. Fotos: Kuzaj, dpa

wurde später wegen Prellungen am Kopf und am Rücken im Krankenhaus behandelt. Laut Staatsanwaltschaft liegen auch gegen ihn Anzeigen wegen Körperverletzung und Widerstands vor. Er soll vor dem Einsatz eine Garderobenfrau

der Disko geohrfeigt haben. Unklar ist, in welchem Zusammenhang die Diskothek Tage nach dem Vorfall durchsucht wurde. Einer der Geschäftsführer sagte der Nachrichtenagentur dpa, Polizisten hätten am 4. Juli Kameras und Aufnahmegeräte mitgenommen.

Polizisten sind verpflichtet, auch in eskalierenden Situationen angemessen zu reagieren. Darauf werden sie in ihrer Ausbildung vorbereitet.

Neben der Vermittlung von Techniken zur Stress- und Konfliktbewältigung umfasse die Ausbildung Verhaltenstrainings, sagte eine Sprecherin der Polizeiakademie Niedersachsen. Dabei üben die Polizisten in Rollenspielen und in realen Situationen den Umgang mit eskalierender Gewalt. Das Vorgehen wird analysiert und besprochen.

Das Video sehen Sie unter <http://zu.hna.de/bremen1107>

Diese Fälle sind bekannt

• **Juni 2013:** Nach Prügelvorwürfen ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen zwei Polizisten aus Westerburg wegen Körperverletzung im Amt. Sie sollen am 27. Mai einen 22-jährigen Mann, den sie wegen mutmaßlicher Straftaten vorläufig festgenommen hatten, geschlagen und getreten haben. Grundlage für die Ermittlungen ist ein Video. Zu sehen sind mehrere Polizisten, von denen zwei einen auf dem Boden sitzenden Mann schlagen und treten.

• **Mai 2013:** Die Staatsanwaltschaft München eröffnet ein Verfahren gegen einen Polizisten aus München wegen des Verdachts der vorsätzlichen Körperverletzung im Amt. „Die Staatsanwaltschaft geht auf der Grundlage eines medizinischen Sachverständigengutachtens (...) davon aus, dass der angeschuldigte Polizeibeamte mindestens einen intensiven Faustschlag gegen die zu diesem Zeitpunkt mit Handfesseln fixierte Frau geführt hat“, hieß es. Die 23 Jahre alte Frau erlitt einen Nasenbeinbruch sowie einen Bruch des Augenhöhlenbodens.

• **2011:** Kürzlich zeigte Radio Bremen ein Video, in dem 2011 bei Krawallen ein mutmaßlicher Passant von Polizisten angegriffen und schwer im Gesicht verletzt wurde. Der Einzelhandelskaufmann sei für elf Tage krankgeschrieben worden, hieß es. Die Ermittlungen gegen die Polizei seien eingestellt worden. Das Opfer habe nun Beschwerde dagegen erhoben. (coe/stg)

Das sagt die Gewerkschaft

Zu den Aussagen von Thomas Wüppesahl nimmt Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wie folgt Stellung:

„Gewaltübergriffe von Polizeibeamten sind alles andere als an der Tagesordnung. Bereits in der Ausbildung wird der Vermeidung einer Gewaltanwendung höchste Priorität eingeräumt. Das spiegelt sich auch so im alltäglichen Dienst wieder. Polizisten werden in der Öffentlichkeit als kompetente und besonnene Konfliktvermeider wahrgenommen, was ihnen in jährlichen Umfragen stets hohe Vertrauenswerte einbringt. Sollte es zu dem konkreten Verdacht eines unverhältnismäßigen Übergriffs durch einen Beamten kommen, so wird selbstverständlich und zeitnah über behördeninterne Stellen der Vorwurf ermittelt oder vor Gericht entschieden. Im Übrigen hat 2009 das Innenministerium Sachsen-Anhalt eine Zentrale Beschwerdestelle zur Kontrolle der Landespolizei geschaffen. Die bisherigen Ergebnisse sind eindeutig: Rechtsverstöße von Polizeibeamten sind der absolute Ausnahmefall.“ (coe)



„Die Polizei wird gehätschelt“

Interview: Thomas Wüppesahl hält den Übergriff in der Bremer Disko nicht für eine Ausnahme

VON TATJANA COERSCHULTE

Hat Sie der Vorfall in Bremen überrascht?

THOMAS WÜPPESAHL: Nein, überhaupt nicht. So etwas findet täglich statt. Dass es dieses Mal so große Aufmerksamkeit erfährt, liegt daran, dass es ein Video gibt. Ohne die Bilder steht meist Aussage gegen Aussage, das hat meist keine Konsequenzen.

Polizisten sind verpflichtet, angemessen zu reagieren. Offenbart der Vorfall in Bremen ein Ausbildungsdefizit?

WÜPPESAHL: Das kann dazu beitragen, aber wesentlich herbeigeführt werden diese Situationen dadurch, dass es keine Kontrolle der Polizeieinsätze gibt. Die Dienstaufsicht funktioniert nicht, bei der Staatsanwaltschaft werden fast alle Verfahren eingestellt, vor Gericht gibt es einen Polizeibonus. Die Zahlen zu den

eingestellten Verfahren sind durch mehrere Kleine Anfragen in Landesparlamenten belegt.

Worauf führen Sie die Ergebnislosigkeit zurück?

WÜPPESAHL: Auf das Versagen sämtlicher Kontrollinstanzen. Die Polizei wird gehätschelt.

Warum?

WÜPPESAHL: Die Landesinnenminister haben Sorge, dass ein Polizeieinsatz sie den Job kosten könnte, und weil inzwischen in etlichen Landesparlamenten und dem Deutschen Bundestag die Lobbyisten aus den drei großen Polizeigewerkschaften selbst Hand an die Gesetze und Stellungnahmen anlegen. Viele sind inzwischen als Abgeordnete bei der CDU, CSU und SPD untergekommen.

Wenn die Minister um ihre

eigenen Positionen fürchten, müssten sie doch gerade darauf achten, dass alles korrekt abläuft.

WÜPPESAHL: Ich schätze, dass die Polizisten, die jetzt in Bremen gefilmt wurden, nicht damit gerechnet haben, dass sie erwischt werden. Die waren ja auch noch so dreist, das Video bei Hausdurchsuchungen sicherstellen zu wollen.

Sie halten diese Darstellung in den Medien also für plausibel?

WÜPPESAHL: Ja. Normalerweise wäre allein das nach dem Strafgesetz eine Verdunklungshandlung. Dem geht aber niemand nach.

Was muss Ihrer Ansicht nach geschehen, damit solche Vorfälle nicht mehr vorkommen?

WÜPPESAHL: Die Innen- und Justizminister müssen die ihnen unterstellten Organisationseinheiten nach Recht und

Zur Person

Thomas Wüppesahl (58) ist der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten. Der Hamburger stand fast 30 Jahre im Dienst der Polizei. Von 1987 bis 1990 saß er für die Grünen



im Bundestag. Wüppesahl ist verheiratet und hat einen Sohn.